



Albrecht Göschel

Flüchtlinge und Migranten in der Stadtentwicklung



Der Zuzug von Flüchtlingen stellt die Kommunen vor wichtige Aufgaben, die nur im Zusammenspiel vieler gesellschaftlicher Akteure gelöst werden können. Besonders deutlich wird dies auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, wo sich ohnehin sehr unterschiedliche Akteure ins Benehmen setzen müssen. Flüchtlinge ziehen zu einem großen Teil in städtische Ballungsgebiete. Diese Entwicklung verstärkt den Druck auf die Mieten und verknüpft den vorhandenen Wohnraum weiter. Eine wichtige Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik wird es künftig sein, in problem-belasteten Stadtteilen keine weitere Konkurrenz zwischen Geringverdienenden, Studierenden und Geflüchteten aufkommen zu lassen.¹

Normative Urteile in der Ausländerpolitik

Normative Urteile bilden zwar die Basis jeder Politik, treten aber in kaum einem anderen Politikfeld so klar hervor wie in der Ausländerpolitik. Selbst die Auswahl und die Interpretation von Fakten oder Daten scheint bereits auf normativen oder Werturteilen zu basieren, so dass gefordert wurde, sich in der Flüchtlingsdebatte nur auf diese Werturteile zu konzentrieren. Eine solche Position verkennt allerdings, dass normative Urteile in keiner Weise als irrational oder subjektiv gelten können, sondern genauso von zwingender Logik und Rationalität, ja sogar von Empirie geprägt sind wie sog. empirische Fakten. Dennoch wird im Folgenden auf eine Klärung von – normativen – Gründen für Migrationspolitik auf nationaler Ebene, also z.B. über die Zulässigkeit einer Öffnung oder Schließung von Grenzen, weitgehend verzichtet. Es wird vielmehr angenommen, dass die hochentwickelten Länder des Westens auf längere Zeit mit einer Zuwanderung von Fremden konfrontiert sein werden, und nur die daraus resultierenden kommunalpolitischen Fragen werden hier behandelt.

Grundsätze der Integration von Ausländern, Flüchtlingen oder Migranten

Das Ausländerrecht unterscheidet zwischen Flüchtlingen und Migranten: Flüchtlinge fliehen vor politischen und religiösen, in jedem Fall aber lebensbedrohlichen sozialen Konflikten, um nach deren Ende in ihr Heimatland zurückzukehren. Migranten dagegen erscheinen i.d.R. als Wirtschaftsmigranten, die sich durch Wanderung eine ökonomische Verbesserung ihrer Lebensperspektive versprechen. Für Flüchtlinge wird damit im-

mer ein befristeter Aufenthalt im Gastland angenommen, der wenn möglich in räumlicher Nähe zum Herkunftsland zugebracht werden sollte, während Migranten mit einer Bleibeperspektive einwandern. Faktisch aber verschwimmt diese klare Unterscheidung, weil zum einen auch ökonomische Wandermotive aus tödlichen Bedrohungen, z.B. Hungersnöten, entstehen, weil zum anderen politische Konflikte zeitliche Ausdehnungen annehmen können, die realistische Rückkehrperspektiven mehr oder weniger ausschließen. Es liegt also nahe, in der Tendenz immer von längeren Aufenthalten auszugehen, seien es nun die Flüchtlinge oder von Migranten.

Flüchtlinge bewahren über lange Zeit eine Orientierung am Herkunftsland. Sie behalten eine Rückkehrbereitschaft, die sie zu realisieren suchen, wenn sich die Zustände, vor denen sie geflohen sind, ändern. Erzwingen jedoch die Bedingungen im Herkunftsland einen längeren Aufenthalt im Gastland, kann der Rückkehrwunsch zurücktreten und einem Bleibewunsch Platz machen. Flüchtlinge und vor allem Migranten hegen in der Regel eine große Bewunderung, häufig sogar große Achtung und Zuneigung zu ihrem jeweiligen Gastland. Auch wenn diese häufig jedes rationale Maß übersteigt, sollte versucht werden, übermäßige Enttäuschungen zu vermeiden. Eine erste Regel dafür könnte sein, alle Flüchtlinge und Migranten so zu behandeln, als wenn sie für längere Zeit oder gar auf Dauer im Gastland blieben. Nach der Ankunft sollten lange Wartezeiten der Untätigkeit und Unsicherheit unbedingt vermieden werden. Sprach- und Integrationskurse sollten sofort für alle einsetzen.

Flüchtlinge wie Migranten bringen eine ausgeprägte Arbeits- und Leistungsbereitschaft aus ihren Herkunftsländern mit. Behinderungen oder Stigmatisierungen bei den Versuchen, eine Arbeit im Gastland aufzunehmen, bilden daher die entscheidende Quelle von Frustration und Enttäuschung. Trotz aller

¹ Der Beitrag basiert auf einem Vortrag an der Evangelischen Akademie Loccum vom 24. Okt. 2016. Um den Text nicht zu überladen, wird auf Literaturangaben verzichtet.



Probleme, die sich aus Konkurrenzen im Arbeitsmarkt ergeben, sollte daher eine Arbeitserlaubnis so bald wie möglich erteilt werden, um ein Absinken in illegale Arbeitsmärkte zu vermeiden – eine allerdings höchst umstrittene Regel. Rechtsunsicherheiten sollten mit allen Mitteln vermieden werden, um Flüchtlingen wie Migranten klare Perspektiven zu eröffnen, und sei es die der Abschiebung. Das sollte auch dann gelten, wenn z.B. kein Asyl gewährt wird, eine Abschiebung sich aber als nicht durchführbar erweist. Die dann auszusprechende Duldung kann mit Einschränkungen, z.B. in der Familienzusammenführung, verbunden sein, sollte aber in jedem Fall klare rechtliche Perspektiven bieten.

Eine Abwehr von Flüchtlingen an der Staatsgrenze erscheint aus verfassungs- und menschenrechtlichen Bedingungen heraus zwar zulässig, dennoch aber höchst problematisch zu sein. Allerdings werden damit Fragen berührt, die in diesem Beitrag explizit nicht behandelt werden können. Sehr allgemein gilt, dass sog. deviante Verhaltensformen, also ausgeprägte Neigung zu religiösem, nationalistischem oder ethnischem Fundamentalismus oder sogar Gewaltbereitschaft, nicht „mitgebracht“, sondern, ausgelöst durch Enttäuschungen, erst im Gastland entwickelt werden. Der beste Schutz gegen Terrorismus ist demnach, um es sehr vereinfacht zu sagen, eine gelingende Integration.

Entsprechend der Bedeutung von Arbeit und Leistung bildet die sog. systemische Integration – also die Integration in die Systeme Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt – den entscheidenden Weg in eine gelingende Integration. Die sog. soziale Integration – die informellen Beziehungen zu Einheimischen – ist demgegenüber zwar nicht bedeutungslos, aber nachrangig. Allerdings können sich beide Formen vermischen, wenn z.B. die soziale Integration im Wohnquartier zur Voraussetzung für eine systemische in den Arbeitsmarkt wird. Eine systemische ohne eine kulturelle Integration – die uneingeschränkte Wahrung kultureller Autonomie aus dem Herkunftsland – erscheint kaum möglich. Assimilation, im Sinne einer gewissen kulturellen Anpassung an das Gastland, ist insgesamt und für systemische Integration unverzichtbar.

Grundsätze aktueller Stadtentwicklungspolitik

Aktuelle Stadtentwicklung geht von einer integrierten Stadtentwicklungsplanung aus, die alle Dezernate und Fachbereiche einer Kommunalverwaltung umfasst. Für die Integrationsleistung einer Stadtentwicklungspolitik sind also alle Bereiche der räumlichen wie der Sozialplanung von Belang. Daneben sind Kommunen in vielfältiger Weise sowohl von staatlicher Politik als auch von anderen überlokalen Prozessen und Kräften bestimmt, auf die Kommunalpolitik reagieren muss, ohne dabei den Autonomieanspruch der Kommunalpolitik aufzugeben.

Um beiden Aspekten von externen Entwicklungen – sowohl den Ansprüchen einer integrierten Stadtentwicklung als auch den Abhängigkeiten kommunaler Politik – zu genügen, wird im Folgenden kommunale Integrationspolitik für Ausländer, Flüchtlinge wie Migranten, aus Sicht der sog. Mega-Trends behandelt, die auf Kommunalpolitik einwirken, ohne dass die Kommunen sie von sich aus nennenswert beeinflussen können. Als solche Mega-Trends werden in der Regel die folgenden unterschieden:

- Globalisierung;
- ökonomischer Wandel zur Dienstleistungs- oder postindustriellen Gesellschaft mit neoliberalen Tendenzen;
- demografischer Wandel;
- Wertewandel;
- neue Medien, Konnektivität;
- ökologische Krise, Ressourcenverknappung.

Die Reihenfolge in dieser Liste stellt keine Rangfolge dar. Alle Trends werden nur skizzenhaft dargestellt. Entscheidend ist, dass einige der genannten Trends, z.B. Globalisierung oder marktliberale Tendenzen, zwar Ursache von Fluchtbewegungen sind, gleichzeitig aber die Integration von Flüchtlingen und Migranten erschweren.



Abb. 1: Migranten hegen oft eine große Bewunderung zu ihrem Gastland, auch wenn diese häufig jedes rationale Maß übersteigt. (Fotos: Jost)

Globalisierung

Globalisierung stellt eine Auflösung nationaler Grenzen nach marktliberalen Prinzipien dar und fördert dadurch Migration. Sie löst aber auch wachsende Ungleichheiten nicht nur im internationalen, sondern auch im nationalen Rahmen aus, fixiert und vergrößert also untere Einkommens- und Berufsgruppen. Zu diesen treten Migranten in Konkurrenz, so dass nachvollziehbare ausländerfeindliche Stimmungen entstehen. Eine sozialpolitische Entschärfung dieser Konflikte wird im Kontext von Globalisierung erschwert, da in ihrem Kontext die Nationalstaaten an Autonomie und damit an sozialpolitischer Handlungsfähigkeit verlieren.



Als Reaktion auf Grenzauflösungen der Globalisierung verstärken sich als zweites Phänomen lokale Bindungen, neue Gemeinschaftsorientierungen und Betonungen von kultureller Identität – durchweg Entwicklungen, die einer Ausländerintegration eher entgegenstehen, ohne dass man das Recht hätte, diese kulturellen Bewegungen per se als reaktionär zu verurteilen. Eine positive Betonung von Offenheit findet sich dagegen in einer neoliberal geprägten Wirtschaft, die von den Kommunen Ausländerintegration zur Sicherung eines Arbeitskräftereservoirs und als Ausweis von Modernität und Kreativität erwartet, sich aber vorrangig die Reduktion von Arbeitskosten durch Konkurrenz unter Arbeitnehmern verspricht.

Wandel zur Dienstleistungs- und postindustriellen Gesellschaft

Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft beeinflusst den Arbeitsmarkt in einer für Flüchtlinge ungünstigen Weise. Die große Zahl unterqualifizierter Arbeitsplätze, die die traditionelle Industrie bot, geht zu großen Teilen verloren und wird nur unzureichend durch niedrig qualifizierte Arbeit im Dienstleistungsbereich ersetzt. Zudem sind diese neuen Arbeitsplätze häufig befristet, gehören also zum sog. prekären Bereich des Arbeitsmarktes, und sie bieten keine Aufstiegsmöglichkeiten, sind also von mittleren oder gar gehobenen Arbeitsplätzen strikt durch Qualifikationsanforderungen getrennt. In Dienstleistungsökonomien findet eine Spaltung und tendenzielle Polarisierung von Arbeitsplätzen statt, die zu einer weiteren Öffnung der Einkommensschere führt und Flüchtlinge und Migranten auf die unteren Bereiche verweist.

Vor allem gehobene Arbeitsplätze in der Dienstleistungsökonomie werden in wachsendem Maße von zertifizierten Qualifikationen und darüber hinaus von informellen sozialen und kulturellen Kompetenzen abhängig. In allen drei Aspekten sind vor allem Flüchtlinge, aber auch Migranten benachteiligt. Sie verfügen i.d.R. weder über notwendige Abschlüsse noch über die sozialen und kulturellen Kompetenzen, die in einer Dienstleistungsgesellschaft erwartet werden. Vor allem aber fehlt ihnen die in Dienstleistungsgesellschaften außer auf der untersten Stufe von Arbeitsplätzen unbedingt erforderliche Sprachkenntnis. Damit werden Ausländer auf die unteren Bereiche der Arbeitswelt verwiesen, in denen ihnen zum einen Aufstiegsmöglichkeiten und Anerkennung fehlen, in denen sie zum anderen mit gering qualifizierten deutschen Arbeitskräften in Konkurrenz treten.

Dem Bildungswesen kommt demnach in Dienstleistungsgesellschaften eine weit größere Bedeutung bei der Platzierung im Berufsleben zu als in Industriegesellschaften. Flüchtlinge und Migranten gehen jedoch davon aus, im Gastland sofort Geld zu verdienen, streben also sofort eine vollwertig bezahlte Arbeit an, statt vorerst eine Ausbildung zu durchlaufen, die zwar für eine begrenzte Zeit zu einem weitgehenden Verzicht auf Einkommen führt, nach ihrem Abschluss aber Einstiege

in qualifizierte Tätigkeiten ermöglicht. Sowohl Fehleinschätzungen und Unkenntnis der ökonomischen Bedingungen des Gastlandes als auch Zwänge der Wanderung führen also zu Selbstblockierungen und damit zu Frustrationen und Enttäuschungen.

Kommunale Wirtschaftspolitik zielt aktuell nicht mehr primär auf eine direkte Ansiedlung von Arbeitsplätzen z.B. durch Ansiedlung großer Unternehmen, sondern auf die Entwicklung eines attraktiven Umfeldes, einer urbanen, kulturellen Atmosphäre, die für die neuen Kreativen in den gehobenen Dienstleistungssegmenten als Lebensqualität gewertet wird. In einer solchen Wachstumspolitik finden Flüchtlinge kaum einen Platz. Weder tragen sie in der gewünschten Weise zu dieser Art von Flair einer Stadt bei, noch sind sie Adressaten einer solchen Politik. Weltoffenheit und Kosmopolitismus als positive Merkmale einer Stadt betreffen Flüchtlinge oder Wirtschaftsmigranten nur im Sinne einer Vermeidung offener Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung. Als Zeichen eines kosmopolitischen Flairs gilt eher die Anwesenheit gut integrierter, etablierter Ausländer – eine Perspektive, in der sich neoliberale Wirtschaft und linke oder grüne Kapitalismuskritiker treffen.

In Städten mit nennenswerten Dienstleistungsanteilen findet in der Regel eine Konzentration auch der Wohnbevölkerung in der Innenstadt oder in innenstadtnahen Altbauquartieren statt. Häufig sind dies die bevorzugten Wohnbereiche unterer Einkommensgruppen. In einem Prozess, der als Gentrification bekannt ist, werden diese durch gehobene Einkommensgruppen verdrängt und häufig auf die noch bestehenden großen, peripheren Stadtviertel des Sozialen Wohnungsbaus verwiesen. In diesen sammeln sich alle Bezieher unterer Einkommen, seien sie nun Einheimische oder Flüchtlinge und Migranten. Angesichts der knappen Bestände an Sozialem Wohnungsbau und des Verlustes einfacher Altbauwohnungen im privaten Markt entstehen gravierende Konkurrenzen zwischen Deutschen und Ausländern in den unteren Segmenten des Wohnungsmarktes.

Dienstleistungsökonomien lösen Wanderungen in die Dienstleistungsmetropolen aus. Es entstehen Abwanderungen aus altindustriellen oder ländlichen Bereichen, so dass sich die Stadtentwicklung in wachsende und schrumpfende Städte und Regionen polarisiert. Daraus entsteht ein Dilemma. In schrumpfenden Städten gäbe es zwar hinreichend Wohnraum, aber kaum Arbeitsplätze, in wachsenden Städten in umgekehrter Weise zwar möglicherweise Arbeitsplätze, aber gravierende Knappheit auf dem Wohnungsmarkt. Darüber hinaus werden Ausländer in den schrumpfenden Regionen vor allem der neuen Bundesländer mit einer Bevölkerung konfrontiert, die selbst von Desintegrationstendenzen belastet ist, und erfahrungsgemäß sind xenophobe Einstellungen umso verbreiteter, je schlechter die Integration der ausländerfeindlichen Gruppe ist.



Bereits diese knappe, skizzenhafte Übersicht macht deutlich, dass „Ausländer“ mit geringen Qualifikationen in Dienstleistungsökonomien schlechtere Bedingungen vorfinden als in Industrie- oder gar vorindustriellen Gesellschaften, die umfangreichere und flexiblere Sektoren niedrig qualifizierter Tätigkeiten boten. Moderne Gesellschaften dagegen neigen zur Trennung und Formalisierung der einzelnen Sphären. Damit wird die systemische Integration in modernen Dienstleistungsgesellschaften gegenüber traditionellen Gesellschaften deutlich erschwert. Im Gegensatz zu verbreiteten Vorstellungen erweisen sich moderne Dienstleistungsökonomien gegenüber Ausländern als wenig flexibel. Kommunale Beschäftigungspolitik für Ausländer, Flüchtlinge wie Migranten, wird sich unter diesen Bedingungen auf Vermittlungs-, Beratungs- und Bildungsleistungen konzentrieren müssen, durch die Qualifikationen verbessert werden.

Neoliberale Tendenzen

Besonders in der Wohnungspolitik hat in den letzten Jahren ein Übergang zur Marktsteuerung stattgefunden, die die Wohnungsversorgung verstärkt an die Einkommen bindet und damit unweigerlich die gleichen Spaltungen zeigt, wie in der Einkommensverteilung. Segregierte Quartiere nicht nur von Migranten, sondern von Personen oder Haushalten mit gleichen Einkommen sind die Folge. Zwar gibt es in Deutschland keine Ghettos, sehr wohl aber Stadtteile und Quartiere, in denen sich Benachteiligte, seien es nun Ausländer oder Einheimische, sammeln. Damit stehen sich diejenigen, die mit niedrigen und unsicheren Einkommen um ein begrenztes Wohnungsangebot konkurrieren, direkt gegenüber, so dass Spannungen unvermeidlich erscheinen.

Kommunalpolitische Lösungsansätze ergeben sich in der Wohnungspolitik eventuell durch die Gründung von Genossenschaften oder die Zusammenarbeit mit Stiftungen. Bei der Standortsuche sollten marginalisierende, periphere Lagen genauso vermieden werden, wie ausgesprochen wertvolle, innerstädtische. Eine gewisse Konzentration von Ausländern kann dagegen unproblematisch und für die Neankömmlinge sogar hilfreich sein. Vorstellungen von „gesunder Mischung“ oder Ähnlichem sollte man mit Skepsis begegnen.

Demografischer Wandel

Verbreitet besteht die Annahme, Deutschland sei durch seine niedrige Geburtenrate, die für eine eigenständige Reproduktion der Bevölkerung völlig unzureichend ist, auf Zuwanderung angewiesen. Aktuelle Zuwanderungen seien damit historischer Wanderung von ländlichen Regionen in die Städte vergleichbar. Und diese Wanderungsbewegungen seien die Basis wirtschaftlichen Wachstums und wirtschaftlicher Stabilität. Sosehr diese These in großer Allgemeinheit zutreffen mag, so problematisch ist sie im Detail. Sie übersieht zumindest drei Faktoren:

- Zum Ersten zielen die Wanderungen von Ausländern vorrangig in die Zentren. Diese sind aber, wie gesagt, aktuell auch die Ziele innerdeutscher Wanderungen, so dass unvermeidlich gravierende Engpässe und Konkurrenzen entstehen. In den schrumpfenden Regionen sind dagegen kaum Arbeitsplätze verfügbar, und diese Regionen sind durch schwer zu überwindende xenophobe Neigungen geprägt.
- Zum Zweiten müssen die Zuwanderer längere Ausbildungszeiten durchlaufen, die ihren eigenen Zukunftsplanungen nicht unbedingt entsprechen.
- Und zum Dritten verlangt die Integration von Ausländern, die eine Geburtenlücke auch qualitativ und nicht nur quantitativ ausgleichen könnte, erheblichen Mitteleinsatz. Um die potenziellen Aufwendungen anzudeuten: Die Bundesrepublik Deutschland hat bisher durch die Geburtenlücke ungeheure Summen – die Rede ist von ca. 2.500 Milliarden Euro – durch nicht erfolgte Kindererziehung in privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen eingespart. Unser aktueller Wohlstand basiert in erheblichem Maße auf diesen Einsparungen, die quasi konsumiert statt investiert wurden. Um eine vollwertige Integration von Ausländern in die deutschen Systeme von Bildung und Arbeitsmarkt zu leisten, wäre zum einen ein vergleichbarer Mitteleinsatz ausschließlich für diese Integration von Ausländern anzusetzen. Zum anderen wären Kompensationen für Ausbildungsleistungen an die Herkunftsländer, die durch Abwanderung Qualifizierter einem „braindrain“ unterliegen, zu entrichten.

Dennoch ist die These, dass Deutschland Zuwanderung braucht, zutreffend. Einen positiven ökonomischen und demografischen Faktor kann sie aber nur bilden, wenn entsprechende Integrations-, Bildungs- und Sozialisationsleistungen erbracht werden.



Abb. 2: Suche nach Identität – Lichtinstallation von Libia Castro & Ólafur Ólafsson; KW – KUNST-WERKE, Berlin 2013

Wertewandel

Der Wertewandel, ein Wandel von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Selbstverwirklichungswerten, hat sich in Deutschland seit Mitte der 1960er Jahre als Individualisierung durchgesetzt. Allerdings gehört zu dieser auch die Anerkennung von Selbstverantwortung für die eigene Biografie und eine hohe, freiwillig einzugehende Bereitschaft zu Disziplin und Zukunfts-



perspektive. Werden diese Voraussetzungen individuell oder in ganzen Milieus verfehlt, erfolgen unweigerlich Sanktionierungen durch sozialen Abstieg. Vor allem Bildungsanstrengungen gehören zur Selbstverständlichkeit für eine gelingende Biografie. Zuwanderer, Flüchtlinge oder Migranten stammen jedoch aus Regionen, die vom westlichen Wertewandel kaum erfasst sind. Aber bereits in der zweiten, spätestens in der dritten Generation beginnen Zuwanderer die Werte des Gastlandes zu übernehmen und sich in diesem Sinne kulturell als Bürger des Gastlandes zu fühlen. Ethnische Faktoren prägen sie aber nach wie vor als Ausländer, denen man andere Werte unterstellt als Einheimischen.

Es kommt zu einer Stigmatisierung, in der Migration gleichsam erblich wird, obwohl diese Vererbung den faktischen Werthaltungen nicht entspricht. Unter diesen Bedingungen kann eine Betonung von Differenz einsetzen, die authentische Identität aus den stigmatisierenden Faktoren bildet. Ethnische, religiöse oder nationale Merkmale werden zu Identitätselementen aufgewertet, die sie bei der Einwanderung möglicherweise nicht hatten. Traditionelle kulturelle Merkmale werden zu Faktoren einer modernen Selbstbestimmung, wie sie auch das Umfeld zeigt, allerdings mit anderen Elementen der Identität. Im Extremfall kann man sogar individuelle Gewaltbereitschaft als eine solche Form moderner Selbstverwirklichung mit traditionellen Mitteln interpretieren. Konservative Einstellungen und Werte können nicht einfach als die Persistenz traditionaler Werte ohne Wirkung eines Wertewandels verstanden werden. Enttäuschungen über misslingende Integration werden so zu einer Bedrohung für die Mehrheits- oder Gastgesellschaft.

Neue Medien / Konnektivität

Die neuen Medien – PC, Internet, Social Media, Smartphone etc. – steigern die Verbindungsvielfalt der Individuen. Die Zahl der realen oder potenziellen Kontakte vervielfältigt sich, die Bindungsintensität aber geht zurück. Damit ermöglichen die neuen Medien u.a. Schwarmbildung, also kurzfristige, schnelle Verabredung und flexible Organisation, die unmittelbar einen bestimmten Zweck erfüllen, um sich dann genauso schnell wieder aufzulösen. Ganz offensichtlich nutzen gerade Flüchtlinge diese Qualität der neuen Medien in intensiver und gezielter Weise, so dass gelenkte und organisierte Flüchtlingsströme und Zusammenhänge entstehen, die keiner erkennbaren, formalisierten Organisation bedürfen. Es entstehen die sog. Kettenwanderungen, die zwar auch aus früheren Migrationsbewegungen bekannt sind, jedoch niemals die Schnelligkeit aufwiesen wie in der Flüchtlingswelle von 2015.

In der Konsequenz führen diese Ketten zur Konzentration von Flüchtlings- bzw. Migration-Communities, die selbst wiederum allein aus ihrer Existenz und Größe zu Anziehungspunkten für weitere Migranten werden. Je größer und konzentrierter jedoch eine solche Migrantengemeinschaft wird, umso eher neigt sie zu einer Begrenzung zumindest von sozialer, in der Folge aber auch systemischer Integration. Zwar erfüllt sie

unverzichtbare Hilfestellungen bei der Einwanderung, kann dann aber zur Falle werden, in der Desintegration als Dauerzustand fixiert wird. Die neuen Medien ermöglichen spontane Selbstorganisation sowohl im positiven Sinne, z.B. bei Arbeitsvermittlungen, als auch in potenziell devianter Weise, wie sie vermutlich in der berüchtigten Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof stattgefunden hat.

Auf eine Diskussion des ökologischen Wandels wird an dieser Stelle verzichtet, da er zwar gravierende Folgen als Auslöser von Migration, aber kaum kommunalpolitische Bedeutung in der Bearbeitung des Ausländerproblems hat.

Fazit

Zusammenfassung in fünf Resümees

- Moderne westliche Gesellschaften wirken zwar durch Globalisierung, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit als Auslöser von Fluchtbewegungen, bieten aber im Vergleich zu früheren Phasen eher ungünstige Bedingungen einer Integration.
- Integrationsprobleme legen Defizite offen – kommunale Finanzkrise, Liberalisierung des Wohnungsmarktes, Engpässe in der sozialen Infrastruktur – die nicht durch die Flüchtlinge ausgelöst wurden, sondern vor Einsetzen der großen Fluchtbewegungen bereits bestanden, jetzt nur schärfer hervortreten und eine Integration erschweren.
- Gefährdungen der Gastgesellschaft entstehen nicht zwingend aus Werten und Einstellungen, die Migranten aus ihren Herkunftskulturen mitbringen, sondern entwickeln sich durch misslingende Integration im Gastland. Frustration und Enttäuschung lassen eine positive Haltung zum Gastland leicht in Ablehnung umschlagen.
- Räumliche Konzentration von Flüchtlingen erweist sich als ambivalent. Einerseits bietet sie informelle Hilfen bei der Ankunft, kann sich aber auf Dauer zur Falle entwickeln, die den Kontakt zur Gastgesellschaft und damit vor allem eine systemische Integration verhindert. Entscheidend ist eine gewisse Konzentration ohne Ghettobildung und gleichzeitig eine Mischung von Wohnqualität, die nicht zum Wegzug aus den entsprechenden Quartieren bei sozialem Aufstieg zwingt.
- Für die Wohnungsversorgung könnten Wohnprojekte vorgesehen werden, die sich eher an Formen eines „gemeinschaftlichen Wohnens“ orientieren, also kleine Wohneinheiten mit großzügigen Gemeinschaftseinrichtungen, um Kooperationen zu ermöglichen, die Mängel ausgleichen. Vor allem für die Migrantinnen liegen in diesen neuen Wohnformen besondere Chancen, da sie Gelegenheiten bieten, aus den engen Bindungen der einzelnen Familie herauszutreten.

Dr. Albrecht Göschel,
Soziologe und Architekt, Berlin